

Zeiten höchster Erregung – mit kühlem Kopf betrachtet Die Siebzigerjahre in Baden-Württemberg in einer neuen Publikation *

Von KLAUS-JÜRGEN MATZ

Ministerpräsident Lothar Späth sollte eine Tradition begründen, als er das Hauptstaatsarchiv Stuttgart 1988 recht kurzfristig beauftragte, aus Anlass des 100. Geburtstags seines ersten Amtsvorgängers Reinhold Maier eine Ausstellung zu erarbeiten, die er am 15. Oktober 1989 im Rathaus von Schorndorf, dem Geburtsort Maiers, dann auch selbst eröffnen durfte¹. Als Festredner hatte er für die Eröffnungsveranstaltung Ralf Dahrendorf gewonnen². Unter Beteiligung namhafter Politiker auch aus CDU und SPD veranstaltete die FDP/DVP als Partei, der Maier angehört hatte, zur selben Zeit in Schorndorf ein Symposium, dessen – freilich eher essayistische und anekdotische – Beiträge später im Druck erschienen sind³. Im Jahr 2000 war es wiederum das Hauptstaatsarchiv Stuttgart, das eine

* Zugleich Besprechung des Buches: Filbinger, Wyhl und die RAF. Die Siebzigerjahre in Baden-Württemberg, hg. von Philipp GASSERT/Reinhold WEBER (Schriften zur politischen Landeskunde Baden-Württembergs, hg. von der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, Bd. 42), Stuttgart 2015.

¹ Als Katalog liegt vor: Reinhold Maier (1889–1971). Ausstellung des Hauptstaatsarchivs Stuttgart zum 100. Geburtstag des ersten Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg im Rathaus Schorndorf, Gesamtleitung: Wolfgang SCHMIERER, Stuttgart 1989. Die Ausstellung wurde danach u. a. noch in Stuttgart und Bonn gezeigt.

² Seine Rede ist unter dem Titel „Reinhold Maier – Volksmann aus Württemberg“ abgedruckt in: Ralf DAHRENDORF, Liberale und andere. Portraits, Stuttgart 1994, S. 160–170.

³ Remstal-Politik. Schorndorfer Symposium und Seminar. Reinhold Maier zum 100. Geburtstag, hg. von Götz E. HÜBNER, Schorndorf 1991. In den Kontext der 100-Jahr-Feier für Reinhold Maier gehört auch, dass die noch ungedruckt gebliebene Mannheimer Habilitationsschrift des Verfassers dieser Zeilen, deren Druck als Buch eines renommierten Stuttgarter Verlags von gewissen Kreisen in der Landeshauptstadt zuvor verhindert worden war, von der „Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien“ in Bonn zum Druck angenommen wurde und noch im Jubiläumsjahr erscheinen konnte: Klaus-Jürgen MATZ, Reinhold Maier (1889–1971). Eine politische Biographie, Düsseldorf 1989. Diese Kommission war es auch, die es dem Verfasser ermöglichte, seine Arbeit am 13. September 1989 im Landtag von Baden-Württemberg nach Eröffnungsworten von Landtagspräsident Erich Schneider und am 21. September am Sitz des Bundesrats in

Ausstellung aus Anlass des 100. Geburtstags, diesmal des zweiten Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg, Gebhard Müller, veranstaltete, die nach den Erfahrungen von 1989 von vorneherein als Wanderausstellung geplant wurde⁴. Gleichzeitig konnte das Hauptstaatsarchiv nach jahrelanger Arbeit (insbesondere des Landtagsarchivars Günther Bradler) ein Inventar des sehr umfangreichen Nachlasses von Gebhard Müller vorlegen⁵. Und schließlich veranstaltete die Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg genau am Geburtstag Müllers, dem 17. April 2000, in der Villa Reitzenstein ein Symposium, dessen Vorträge noch im selben Jahr im Druck erschienen sind⁶. Schon vier Jahre später jährte sich zum 100. Mal der Geburtstag von Kurt Georg Kiesinger, des dritten Ministerpräsidenten im Südweststaat und dritten Kanzlers der Bundesrepublik Deutschland. Und auch diesmal konzipierte das Hauptstaatsarchiv Stuttgart eine Wanderausstellung zum Leben und Wirken eines Mannes, der als einziger unter den südwestdeutschen Regierungschefs eher Bundes- denn Landespolitiker gewesen ist⁷. Sie wurde wie die Ausstellung zu Gebhard Müller zuerst im Foyer des Stuttgarter Landtags gezeigt. Diesmal ließ es sich die Stadt Albstadt, in deren Kernstadt Ebingen Kiesinger 1904 geboren worden war, in Zusammenarbeit mit der Konrad-Adenauer-Stiftung angelegen sein, zu Ehren des Jubilars ein gleich zweitägiges Symposium zu veranstalten. Daraus ist ein voluminöser Sammelband erwachsen⁸. Die als Heidelberger Habilitationsschrift entstandene umfangreiche Biographie Kiesingers aus der Feder von Philipp Gassert⁹, deren Erscheinen im

Bonn nach einer Einführung durch Bundesratspräsident Björn Engholm vorzustellen und sie darüber hinaus Ministerpräsident Lothar Späth bei Gelegenheit der Schorndorfer Feierlichkeiten auch persönlich zu überreichen. Sämtliche dieser Initiativen der Bonner Kommission geschahen wohl nicht umsonst gerade im Jubiläumsjahr.

⁴ Als Katalog liegt vor: Gebhard Müller 1900–1990. Christ – Jurist – Politiker. Katalog zur Wanderausstellung des Hauptstaatsarchivs Stuttgart in Zusammenarbeit mit der Landesbildstelle Württemberg und der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, bearb. von Kurt HOCHSTUHL/Peter BOHL, Stuttgart 2000.

⁵ Nachlaß Gebhard Müller. Inventar des Bestandes Q 1/35 im Hauptstaatsarchiv Stuttgart, bearb. von Günther BRADLER/Peter BOHL/Kurt HOCHSTUHL, Stuttgart 2000.

⁶ Gebhard Müller. Ein Leben für das Recht und die Politik. Symposium anlässlich seines 100. Geburtstags am 17. April 2000 in Stuttgart, hg. von Gerhard TADDEY, Stuttgart 2000.

⁷ Als „Begleitbuch“ (so auf dem Einband des Buches) liegt vor: Kurt Georg Kiesinger (1904–1988). Rechtslehrer – Ministerpräsident – Bundeskanzler. Katalog zur Ausstellung des Hauptstaatsarchivs Stuttgart, bearb. von Albrecht ERNST, mit einem Beitrag von Philipp GASSERT, Stuttgart 2004.

⁸ Kurt Georg Kiesinger 1904–1988. Von Ebingen ins Kanzleramt, hg. im Auftrag der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. von Günther BUCHSTAB/Philipp GASSERT/Peter Thaddäus LANG, Freiburg/Basel/Wien 2005; vgl. hierzu auch meine Besprechung in dieser Zeitschrift: ZWL 66 (2007) S. 636–641.

⁹ Philipp GASSERT, Kurt Georg Kiesinger 1904–1988. Kanzler zwischen den Zeiten, München 2006; vgl. hierzu auch meine Besprechung in dieser Zeitschrift: ZWL 67 (2008) S. 507–515.

Ausstellungsband noch für den Herbst 2004 angekündigt war (S. 54), kam erst 2006 heraus und somit nicht rechtzeitig zum Jubiläumsjahr.

Im Jahr 2013 riss der Faden, und eine Tradition brach ab. Denn im Unterschied zu seinen drei Amtsvorgängern blieb dem vierten Ministerpräsidenten des Südweststaats Hans Filbinger einhundert Jahre nach seiner Geburt eine Würdigung in Gestalt einer Ausstellung versagt. Erik Lommatzsch, der zum vorliegenden Band den einzigen Filbinger biographisch gewidmeten Aufsatz beigesteuert hat, weist mit der Bemerkung, wonach „auch unterlassene Würdigungen auff[allen]“ (S. 47) ausdrücklich auf diesen Umstand hin und benennt als Ursache für die „Zurückhaltung in der öffentlichen Erinnerung“ (S. 49) die Debatten um die Vergangenheit Filbingers als Marinerichter am Ende des Zweiten Weltkriegs. Tatsächlich dürften für den Ausfall einer öffentlichkeitswirksamen historischen Würdigung Filbingers 100 Jahre nach seiner Geburt in Mannheim weder der Wechsel in der Regierungsverantwortung im Land Baden-Württemberg 2011 (den Lommatzsch übrigens gar nicht in Erwägung zieht) noch die genauen Umstände, unter denen Filbinger 1978 sein Amt aufgeben musste, in erster Linie verantwortlich sein, sondern vor allem die Tatsache, dass noch im April 2007 Ministerpräsident Günther Oettinger einen sogar aus Berlin nachhallenden Aufschrei in der Öffentlichkeit provozierte, als er in seiner Trauerrede den verstorbenen Amtsvorgänger in die Nähe des Widerstands gegen den Nationalsozialismus rückte, womit er sich selbst in größte Verlegenheit stürzte¹⁰.

Die Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg wollte den Jahrestag dann aber offenbar doch nicht ganz unbeachtet verstreichen lassen. Und so richtete sie am 25. Juli 2013 zusammen mit Philipp Gassert, der seinerzeit noch an der Universität Augsburg lehrte, jetzt aber den neu geschaffenen Lehrstuhl für Zeitgeschichte am Historischen Institut der Universität Mannheim inne hat, im Stuttgarter Rathaus eine wissenschaftliche Tagung aus, deren Themenstellung sich freilich nicht im Biographischen erschöpfte, sondern sehr viel weiter auf als wichtig erachtete politische, soziale, ökonomische und mentale Entwicklungen im Verlaufe der 70er Jahre zielte. Der nun erfreulich zeitnah erschienene Sammelband vereinigt die ausgearbeiteten und mit Anmerkungen versehenen Vorträge, die auf dieser Tagung gehalten wurden. Vom seinerzeit angekündigten Programm fehlen nur der Vortrag des Schriftstellers Wolfgang Schorlau („Die Eskalation des Engagements – Gründe zur Rebellion damals und heute“) sowie ein Protokoll des am Abend geführten Zeitzeugengesprächs, zu dem Herta Däubler-Gmelin, Susanna Filbinger-Riggert, Rezzo Schlauch und Manfred Zach geladen waren. Wertvoll ergänzt wurden die eigentlichen Tagungsbeiträge dagegen durch vier eigens für diesen Band geschriebene Aufsätze, die sich dem allgemeinen Wertewandel, der aufkom-

¹⁰ Beispiele für die heftigen Reaktionen auf die Trauerrede Oettingers nennt LOMMATZSCH auf S. 49, Anm. 4.

menden Frauenbewegung, der wirtschaftlichen Entwicklung und der Ausländerpolitik in Baden-Württemberg während der 70er Jahre widmen. Das Buch vereinigt somit wegweisende Prolegomena zu einer gründlichen (d.h. auch die Fülle des ungedruckten Materials berücksichtigenden) Darstellung der sehr bewegten Geschichte Baden-Württembergs während der Amtszeit Hans Filbingers in den Jahren 1966–1978. Erfreulich ist, dass neben Altmeistern und arrivierten Autoren auch ganz junge Beiträger gewonnen werden konnten, was der Nüchternheit, mit der auf diese Jahre extremer Polarisierung und äußerster politischer Erregung geblickt wird, nur nützlich sein konnte.

Der Band wird mit einer konzentrierten Einleitung der beiden Herausgeber eröffnet, in der die nachfolgenden Beiträge umsichtig in den Kontext eingeordnet werden. Unter der leitenden Fragestellung „rotes“ oder „schwarzes“ Jahrzehnt? geht Philipp Gassert anschließend den Veränderungen der Parteienlandschaft und politischen Milieus in Baden-Württemberg während der 70er Jahre nach. Er gelangt durch eine gründliche Analyse der Gründe für den Aufstieg der CDU zur eigentlichen Staatspartei des Landes, an dem er Filbinger einen entscheidenden Anteil zubilligt, mit überzeugenden Argumenten zu einem „sowohl als auch“. Dass diese Entwicklung hätte anders verlaufen können, wenn die CDU die Villa Reitzenstein 1966 an eine sozialliberale Koalition verloren hätte, wie der Verfasser zur Diskussion stellt (S.31), darf freilich bezweifelt werden. Schließlich bezeugte die deutliche Mehrheit der Wähler im deutschen Südwesten gleich von Beginn der Bonner sozialliberalen Ära an – und erst recht nach der durch den Ölpreisschock verursachten Tendenzwende von 1973/1974, die von Gassert erstaunlicherweise nicht eigens thematisiert wird – allzeit eine deutliche Skepsis gegenüber den als „sozialistisch“ erachteten Reformen und Neuerungen der Regierung Brandt/Scheel. Der Rücktritt des sozialdemokratischen (!) Bundesfinanzministers Alex Möller schon im Sommer 1971 mag hier ebenso als Indiz für eine regionalspezifische Ausprägung des politischen Wertekanons gelten wie die schon 1975/1976 sichtbaren Bemühungen der Landes-FDP, sich aus der 1966 parteiintern ohnedies nur mühsam durchgesetzten Präferenz für eine Koalition mit der SPD zu verabschieden und damit auch Abstand zur eigenen Bundespartei zu gewinnen¹¹. Als kleine sachliche Korrektur zum Beitrag Gasserts sei dem Biographen Reinhold Maiers noch die Feststellung gestattet, dass Lothar Späth sein Amt natürlich nicht als „erster evangelischer Ministerpräsident von Baden-Württemberg“ (S.39) ange-

¹¹ Zum Verständnis dieser Ausführungen seien aus der Literatur zu Geschichte Baden-Württembergs in der Ära Filbinger hier nur genannt: Fred SEPAINTNER, Baden-Württemberg 1960–1992, in: Handbuch der baden-württembergischen Geschichte, Viertes Bd.: Die Länder seit 1918, hg. von Hansmartin SCHWARZMAIER/Meinrad SCHAAB (†) in Verbindung mit Paul SAUER/Gerhard TADDEY, Stuttgart 2003, S.591–895; Thomas SCHNABEL, Geschichte von Baden-Württemberg 1952–2002, Stuttgart 2001 (hier S.125–200) und Klaus-Jürgen MATZ, Kleine Geschichte des Landes Baden-Württemberg, Leinfelden-Echterdingen 2010 (hier S.97–129).

treten hat. Eine Frage der Wertung ist es demgegenüber wiederum, wenn man den von Gassert wiederholt angestellten Vergleich Filbingers mit dem amerikanischen Präsidenten Ronald Reagan (S.27, 41, 45)¹² in Zweifel zieht. Als einzige Gemeinsamkeit lässt sich vielleicht festhalten, dass beide Politiker in der Sowjetunion das „Reich des Bösen“ erblickten. Aber abgesehen davon, dass Ronald Reagan – notabene erst in den 80er Jahren – mit einer Wirtschafts- und Finanzpolitik, die der Filbingers diametral zuwider lief, das Zeitalter des Neoliberalismus eröffnete, waren beide Politiker vor allem in ihrer Persönlichkeitsstruktur und damit auch in ihrer äußeren Wirkung grundverschieden. Während Filbinger ein verbissener Arbeiter gewesen ist, der es an Fleiß beim Aktenstudium an Nichts fehlen ließ, stellte Reagan ostentativ eine Lässigkeit heraus, die nach vier mehr oder weniger gescheiterten Präsidentschaften eine Rückkehr zur Normalität und zu alter Größe suggerieren sollte. Er begegnete dem Publikum persönlich als netter älterer Herr (er hatte sich deswegen im Wahlkampf nicht umsonst die Epitheta O&W [„oldest and wisest“] beigelegt), und entfaltete auch gegenüber dem politischen Gegner einen gewinnenden Charme, wie er Filbinger, der wie kein anderer Regierungschef des Südweststaats vor oder nach ihm polarisierte, ganz und gar abging.

Erik Lommatzsch, der im anschließenden Beitrag eine biographische Skizze Hans Filbingers im Vorgriff auf eine von ihm in Mannheim vorbereitete große Biographie zeichnet, bescheinigt seinem Protagonisten jedenfalls, er habe sich im Privaten wie als Politiker „patriarchalisch, zuweilen autoritär“ geriert (S.56). Ja, er geht sogar so weit, das von Filbinger selbst schon 1932 einem Briefpartner gegenüber kolportierte Urteil eines Graphologen über seine Person, wonach er eine „Herrschnatur“ sei, „Geltungsbedürfnis“ habe, seine „Meinung zum Dogma“ ausbilde, „zum Diktator“ neige und „keine Opposition“ dulde, gelten zu lassen, nicht ohne freilich hinzuzufügen, dass es gerade diese Eigenschaften waren, „die maßgeblich zum Erfolg wie auch zum Fall Filbingers beigetragen haben“ (S.70). Im Übrigen entwickelt der Autor ein differenziertes Bild vom Werdegang Hans Filbingers, seinem Wirken und seinen Leistungen, wobei er dessen Verdienste in der Umwelt- und Bildungspolitik vielleicht doch zu pointiert herausstellt, derweil er den wichtigen Beitrag des Badeners Filbinger zur endgültigen Konsolidierung des Landes im Umfeld der Baden-Abstimmung von 1970 fast beiläufig behandelt. Um Differenzierung bemüht sich der Autor auch bei der Darstellung der Affäre, die zum Rücktritt des Ministerpräsidenten im Sommer 1978 führte. In einer alle Facetten berücksichtigenden Biographie müsste freilich noch stärker beachtet werden, dass – wie auch im Falle von Filbinger – ein „Skandal“ erst dann zum Sturz eines Politikers führt, wenn er den Rückhalt in den eigenen Reihen verliert – sei es

¹² Gassert nennt auf S.27, Anm.11, einige Arbeiten zu Reagans Außenpolitik. Diesen wären als umfassende Biographien zweier Journalisten noch hinzuzufügen: Lou CANNON, *President Reagan. The Role of a Lifetime*, New York 1993, 2000 und Richard REEVES, *President Reagan. The Triumph of Imagination*, New York 2005.

aus Furcht vor einem Machtverlust, sei es, weil ältere Rechnungen aufgemacht werden. So waren die Vorwürfe, die Filbinger in seiner Funktion als Marinerichter am Ende des Krieges gemacht wurden, einerseits schon seit 1972 bekannt, was die Wähler im Südweststaat keineswegs daran hinderte, die CDU und ihren Spitzenkandidaten genau in diesem Jahr erstmals mit einer absoluten Mehrheit auszustatten. Andererseits war die Stellung des Ministerpräsidenten innerhalb der Regierungspartei schon Monate vor dem Rücktritt erschüttert, wie auch aus seinem Bestreben ersichtlich wird, einer weiteren Erosion seiner Stellung durch eine Verjüngung im Amt des Kultusministers¹³ und die Einbindung des mächtigen Fraktionsvorsitzenden Lothar Späth in die Kabinettsdisziplin zu begegnen. Erst als im Verlauf des Sommers 1978 die alten Vorwürfe, durch neue verstärkt, auf einen im Inneren schon geschwächten Regierungschef trafen, die eigenen Parteifreunde dem Wort „Solidarität“ das Adjektiv „kritisch“ beifügten, wurde der Rücktritt für Filbinger unvermeidlich. Im Übrigen sind in den seltensten Fällen die offiziell genannten und in der populären Erinnerung haften gebliebenen Rücktrittsgründe die eigentlich maßgebenden. Beispielen aus der „großen“ Politik der 70er Jahre wie Willy Brandt und Richard Nixon ließen sich aus der Reihe der baden-württembergischen Regierungschefs mit Reinhold Maier, Gebhard Müller, Lothar Späth, Erwin Teufel und Günther Oettinger mühelos weitere beigesellen. Klare Gründe für den Abschied vom Amt gab es hier nur bei Kurt Georg Kiesinger (der höchst willkommene Rückruf in die Bundespolitik) und bei Stefan Mappus (die verlorene Landtagswahl von 2011).

In den weiteren Beiträgen des Bandes kommt der Ministerpräsident nurmehr am Rande vor. Allerdings werden in den drei unmittelbar folgenden, inhaltlich zusammenhängenden und sich vielfach überschneidenden Aufsätzen über den Wertewandel und das Krisenbewusstsein der 70er Jahre (Maike Hausen und Reinhold Weber), die neue Frauenbewegung (Anne Bieschke) sowie die sozialen Bewegungen, die zur Gründung der GRÜNEN als Partei (der Landesverband wurde 1979 in Sindelfingen, der Bundesverband 1980 in Karlsruhe und somit wohl nicht umsonst gerade in Baden-Württemberg gegründet) führten (Ulrich Eith), jene geistigen Kräfte und kollektiven Haltungen deutlich herausgearbeitet, an denen sich gerade der baden-württembergische Regierungschef wie kein anderer rieb, was ihm freilich auch ermöglichte, das doch eher konservative und wirtschaftsorientierte südwestdeutsche Wahlpublikum in seiner Mehrheit für sich zu gewinnen. Bei einem Projekt – dem von ihm betriebenen Bau eines Kernkraftwerks bei Wyhl im nördlichen Vorland des Kaiserstuhls – versagte dieser Mechanismus freilich

¹³ Vgl. hierzu die ungeschminkten Ausführungen von Wilhelm HAHN, Ich stehe dazu. Erinnerungen eines Kultusministers, Stuttgart 1981, S. 263 ff. Tiefe Einblicke in die Stimmungslage innerhalb des Kabinetts am Ende der Regierungszeit Filbingers, der hier als „Breisinger“ auftritt, gewährt auch der kaum verschlüsselte Schlüsselroman von Manfred ZACH, Monrepos oder Die Kälte der Macht, Tübingen 1996.

gründlich, als hier nicht nur die Gegnerschaft der neuen ökologischen Bewegung, sondern vor allem der wütende Protest einer ländlichen Bevölkerung, der gerade auf Filbinger höchst irritierend, ja geradezu verstörend wirkte, den Abbruch des Vorhabens erzwang. Zwar hatte der Ölpreisschock von 1973/74 auch bei der Linken den Abschied von der Illusion immerwährenden Wirtschaftswachstums und allumfassender Machbarkeit zur Folge, doch wurden damit die emanzipatorischen Ideen der modernitätsoptimistischen 60er Jahre nicht einfach in alte Bahnen zurückgelenkt; sie wichen vielmehr einem Fortschrittsskeptizismus, in dem sich viele der politisch innovativen Ideen der 68er-Bewegung mit nunmehr aufkommenden postmaterialistischen Werten verknüpften. Am Beispiel der Frauenbewegung, die, wie Bieschke in ihrem Beitrag zeigen kann, auch allgemeinpolitische Ziele – u. a. im Kampf gegen die Kernkraft oder die atomare Aufrüstung – verfolgte, wird dies sehr deutlich. Höchstes Interesse verdient die Frage, ob die SPD die neuen Ideen und Bewegungen hätte aufgreifen und integrieren können. Während Hausen/Weber geneigt scheinen, den Sozialdemokraten hier Versäumnisse vorzuwerfen (S. 88f.), zeigt Eith nachvollziehbar, dass der Aufstieg der GRÜNEN als zunächst alternativer Anti-Parteien-Partei auch von einer Südwest-SPD, an deren Spitze mit Erhard Eppler ein profiliertes Umwelt- und Friedenspolitiker stand, nicht aufzuhalten war (S. 132ff.). Eine eingehendere Beschäftigung mit dem unseligen Radikalenerlass, der das politische Klima gerade in Baden-Württemberg während der 70er und 80er Jahre so nachhaltig belastete, vermisst man in den drei vorgenannten Beiträgen wie im gesamten Band überhaupt.

In das Zeitalter der Machbarkeit vor der „Tendenzwende“ von 1973/1974 unter dem Vorzeichen der von Filbinger bis 1972 geführten Großen Koalition führt der Beitrag von Hans-Georg Wehling über die kommunale Gebietsreform zurück. Der ausgewiesene Kenner der kommunalpolitischen Szene im deutschen Südwesten präsentiert hier nüchtern die Motive und die Ergebnisse der Reform, unterdrückt aber auch skeptische Untertöne nicht. So spricht er vom „Mythos der Machbarkeit“ (S. 141), der die Reform begünstigt habe, und er hält auch nicht mit der Feststellung hinter dem Berge, wonach es sich „im Rückblick als Illusion erwiesen“ habe (ebd.), man könne durch eine „zweite innere Landesgründung“ in Form einer radikalen Neuabgrenzung der Verwaltungseinheiten die alten Landesteile Baden, Württemberg und Hohenzollern vergessen machen. Als besonders eindrückliches Beispiel führt er in diesem Kontext die Doppelstadt Villingen-Schwenningen an, die seinerzeit mit der Absicht einer Aufwertung zum Oberzentrum gegründet, wegen der völlig unterschiedlichen historischen Traditionen ihrer beiden Stadtbezirke bis heute nicht recht zusammengewachsen sei.

Man könnte diesen auf Fehlperceptionen der Vergangenheit beruhenden Reformergebnissen noch die seinerzeit auf Wunsch der SPD erfolgte Einrichtung der Regionalverbände hinzugesellen, die nach Aufhebung des Beschlusses, die Regierungspräsidien zum 1. Januar 1977 aufzulösen, durch die CDU-Alleinregierung im Jahr 1973 bis heute – mit Ausnahme der erst 1994 mit wirklichen Kompetenzen

ausgestatteten Region Stuttgart – praktisch funktionslos geblieben sind, aber dennoch nicht abgeschafft wurden. Um hinsichtlich des Umfangs der Gebietsreform keine falschen Vorstellungen zu pflanzen, bedürfen sowohl die Aussage der Herausgeber, wonach Baden-Württemberg vor der Reform über „eine vergleichsweise kleinteilige Verwaltungsstruktur“ verfügt habe (S. 16), als auch die Einschätzung Wehlings, der die Gemeindereform (der immerhin zwei Drittel aller baden-württembergischen Gemeinden zum Opfer gefallen sind; ihre Zahl ging von 3.382 im Jahr 1965 auf 1.107 im Jahr 1974 zurück) als „moderat“ bezeichnet (S. 152), insofern einer Relativierung, als dies nur (und nicht wie bei Wehling insbesondere) für einen Vergleich mit dem bevölkerungsreichsten Land Nordrhein-Westfalen gilt. So gab es in den Nachbarländern Rheinland-Pfalz und Bayern sogar nach den dort etwa gleichzeitig durchgeführten Gebiets- und Verwaltungsreformen noch sehr viel kleinteiligere Strukturen als im Südweststaat vor der Reform¹⁴.

Die gewaltige Expansion des Bildungswesens in Baden-Württemberg von der inzwischen schon fast legendären Initiative Kurt Georg Kiesingers zur Gründung der Universität Konstanz über die Lösung des Schulkonflikts in Südwürttemberg-Hohenzollern, den systematischen Ausbau des Schul- und Hochschulwesens unter Kultusminister Wilhelm Hahn und die Übertragung des Dualen Systems auf die Hochschulebene in Gestalt der Berufsakademien als echter und für Baden-Württemberg spezifischer Innovation bis hin zum Ende der Expansion und zum Bruch zwischen dem Ministerpräsidenten und seinem Kultusminister stellt anschließend Stefan Paulus übersichtlich dar. Als kleine Korrektur sei hier nur vermerkt, dass auch die Technischen Hochschulen in Karlsruhe und Stuttgart, die Wirtschaftshochschule in Mannheim und die Landwirtschaftliche Hochschule in Hohenheim „um 1960“ „Hochschulen im Universitätsrang“ (S. 162) gewesen sind, womit sich die Zahl der echten Neugründungen mit Konstanz und Ulm dann doch auf zwei reduziert. In seiner letzten Anmerkung (S. 178) bezeichnet Paulus eine historisch-kritische Biographie Wilhelms Hahns als „Desiderat“. Dem kann man nur beipflichten. Aber ganz gleich, ob dies im Rahmen einer Biographie geschieht oder in anderer Form, wäre die Bildungsexpansion als Glanzstück südweststaatlicher Landespolitik in den 60er und 70er Jahren zweifellos ein lohnendes Sujet für eine größere wissenschaftliche Studie.

¹⁴ In Baden-Württemberg zählte ein Landkreis vor der Verwaltungsreform durchschnittlich 104.250 Einwohner (30. 6. 1965), in Bayern nach der hier zum 1. Januar 1972 in Kraft getretenen Verwaltungsreform 99.700 (27. 5. 1970). Berechnung nach den Angaben in den Statistischen Jahrbüchern für die Bundesrepublik Deutschland, Jgg. 1966 und 1972. Wie die Tabelle bei Paul FEUCHTE, *Verfassungsgeschichte von Baden-Württemberg*, Stuttgart 1983, S. 395, ausweist, war die Verwaltungsstruktur aller Flächenländer der Bundesrepublik eben mit der Ausnahme von Nordrhein-Westfalen vor und nach (hier noch mit Ausnahme des Saarlands) der Verwaltungsreform, was die Durchschnittsgrößen von Gemeinden und Kreisen anlangt, überall „kleinteiliger“ als in Baden-Württemberg.

Zu den eigens für diesen Band geschriebenen Beiträgen gehört jener über die wirtschaftliche Entwicklung Baden-Württembergs aus der Feder von Nicole Waidlein. Er besticht durch Klarheit sowohl der Fragestellung als auch der Ergebnisse. Baden-Württemberg habe, so die Autorin, wegen seiner günstigen Industriestruktur die Folgen der Erschütterungen durch den Zusammenbruch des Systems von Bretton Woods 1971/1973 (d. h. die Aufgabe der Goldbindung des Dollars wie fester Wechselkurse) und der beiden Ölpreisschocks von 1973/1974 und 1979/1980 besser bewältigt als andere Bundesländer, weil seine Industrie weniger energieintensiv war und sich durch eine höhere Produktivität ebenso auszeichnete wie durch eine stärkere Innovationskraft und eine höhere Exportquote. Die hier vorgenommene Konzentration der Darstellung auf die Industrie ist insofern gut gegründet, als diese in Baden-Württemberg gerade 1970 den höchsten Anteil am Bruttoinlandsprodukt erwirtschaftete, und das Land bis heute unter den Ländern der Bundesrepublik das industriestärkste geblieben ist¹⁵. Übersehen darf man dabei freilich nicht, dass der tertiäre Bereich in den nachfolgenden Jahrzehnten für das Wirtschaftswachstum immer wichtiger wurde und Baden-Württemberg deshalb schon 1987 in der gesamten Wirtschaftsleistung pro Kopf hinter Hessen und 1993 sogar hinter Bayern zurückfiel. Nicht umsonst bemühte sich Lothar Späth als Nachfolger Hans Filbingers daher, die Tertiarisierung der südwestdeutschen Wirtschaft weiter voranzutreiben. In ihrem Beitrag stellt die Autorin auch den gewichtigen Anteil heraus, den die „Gastarbeiter“ am wirtschaftlichen Erfolg Baden-Württembergs hatten. Dies leitet über zum Beitrag von Karl-Heinz Meier-Braun über die Ausländerpolitik in Baden-Württemberg. Er skizziert darin das gerade von Ministerpräsident Filbinger propagierte Rotationsprinzip, demzufolge die aus dem Ausland kommenden Arbeiter nur wenige Jahre in Deutschland bleiben sollten, um nach der Rückkehr in ihre Heimatländer durch neue Zuwanderer ersetzt zu werden. Zeitweise versuchte die Landesregierung daher, „Gast“arbeiter durch die Zahlung von Geldprämien zur Rückkehr zu bewegen. Bedenklich war sicher, dass mit dem Thema Ausländer auch Wahlkampf gemacht wurde und sich gerade Hans Filbinger, wie Meier-Braun mutmaßt, damit als Law-and-order-Mann neben Franz Josef Strauß zu profilieren suchte. Die Deutschen, bei denen dies verding, vergaßen ganz, dass ihnen, wie der Autor zeigen kann, der Einsatz ausländischer Arbeitskräfte nicht nur Arbeitszeitverkürzungen ermöglichte, sondern auch sozialen Aufstieg in höhere Positionen, der zwischen 1960 und 1970 allein 2,3 Millionen Beschäftigte betraf.

¹⁵ Zur Wirtschaftsstruktur des Landes gerade in den 70er Jahren sei hier insbesondere verwiesen auf: Die Wirtschaft des Landes Baden-Württemberg, hg. von Alfred E. OTT, Stuttgart 1983 und Gisela MEISTER-SCHUEFELN, Die wirtschaftliche Entwicklung von Baden-Württemberg. Daten und Fakten, Stuttgart 2006.

Mit dem Terror der RAF und den Reaktionen, die er in Staat und Gesellschaft auslöste, widmet sich Sabrina Müller einem in jeglicher Hinsicht besonders trüben Kapitel südwestdeutscher Geschichte in den 1970er Jahren. Als (neben Lommatzsch) einzige der Autorinnen und Autoren greift sie in ihrem durchweg problemorientierten Aufsatz auch auf Archivmaterial zurück. Mit Rücksicht auf die Fülle der bereits erschienenen Literatur gibt sie eingangs einen mit Recht knapp gehaltenen Überblick über die Ziele und Aktionen der RAF, von denen Baden- Württemberg – auch als Heimat vieler Täter wie Opfer – ja in besonderem Maße betroffen war, konzentriert sich dann jedoch auf die Reaktionen von Staat und Gesellschaft gegenüber der terroristischen Bedrohung im Spannungsfeld zwischen Terrorismusbekämpfung und Bewahrung einer freiheitlichen Rechtsordnung. Dabei kommen natürlich auch die konkreten Maßnahmen – wie der Ausbau des Polizeiapparates im Lande und die massenhafte Verteilung von Fahndungsplakaten – zur Sprache, daneben aber auch die Instrumentalisierung der Terrorismusdebatte durch den Ministerpräsidenten und seine Partei in der Auseinandersetzung mit der sozialliberalen Bundesregierung, deren „fehlgeleitete[] Liberalität die Entstehung von Terrorismus befördert“ habe (S.225). Indirekt bestätigt sie damit die Aussage von Hausen/Weber, wonach es der CDU gelungen sei, „über die Terrorismusdebatte das sozialliberale Projekt zu delegitimieren“ (S.88). Was die Reaktion der Öffentlichkeit anlangt, verweist die Autorin auf viele lautstarke Stimmen, die schärfere Gesetze, ja sogar die Todesstrafe forderten, um die Terrorismusgefahr zu bannen, sie zeigt aber auch, dass besorgte Bürger von Ausnahmegesetzen und allzu martialischer Präsenz der Sicherheitskräfte eine Aushöhlung des Rechtsstaats und eine nicht hinzunehmende Einschränkung der Freiheitsrechte befürchteten. Nicht ohne Verwunderung vermerkt sie am Schluss, dass Bürgerproteste 1983 aus Sorge um die Privatsphäre sogar die Volkszählung zu verhindern vermochten. Angesichts der in unseren Tagen zu beobachtenden achselzuckenden Akzeptanz der meisten Internet-User gegenüber den Möglichkeiten für Staat und Wirtschaft, mit der Sammlung digitaler Daten in privateste Bereiche vorzustoßen, mag dies in der Tat erstaunen. Aber auch an diesem Exempel wird deutlich, wie fundamental politisiert die deutsche Gesellschaft in den 70er Jahren gewesen ist.

Den Band beschließt Peter Steinbach mit „Überlegungen zur Auseinandersetzung mit dem individuellen Verhalten in der NS-Zeit in der Bundesrepublik Deutschland“. Er bettet die Kontroverse über Filbingers Verhalten als Marinerechter damit in einen größeren Kontext ein, wobei er dem Systemkonflikt zwischen beiden deutschen Staaten vergleichsweise breiten Raum gewährt. Steinbach beendet seine „Überlegungen“ zu individueller Schuld und deren Skandalisierung in der Öffentlichkeit mit den auf Filbinger gemünzten Worten: „Denn auch er wurde zu einem guten Teil durch Angriffe zu dem, als der er wahrgenommen wurde, von einer Gesellschaft, die umso sicherer urteilte, je weiter das Kriegsende, das Datum 8. Mai 1945, im Zug der Generationen durch die Zeit in die Ferne gerückt schien“

(S. 282). Wie man diesen Satz auch wendet, er setzt der Diskussion über Filbingers Verhalten während der NS-Zeit wohl kaum ein Ende.

Der Band ist mit zahlreichen gut ausgewählten Bildern versehen. Bei den dazu gehörenden Legenden ist S. 160 (da bei allen übrigen Personen die jeweilige Funktion genannt ist) bei Prof. Dr. Ludwig Heilmeyer „Gründungsrektor“ und bei Hermann Müller „Finanzminister“ hinzuzufügen, S. 182 ist das Jahr 1972 in 1973 zu ändern und S. 188 Karlsruhe (wo es nur einen kleinen Versuchsreaktor im Kernforschungszentrum gab) aus der Liste der „Kernkraftwerke“ zu streichen. Beigegen ist ein informatives Mitarbeiterverzeichnis, jedoch kein Register. Für alle, die sich mit der Landeszeitgeschichte Baden-Württembergs beschäftigen, bietet der Band reiche Belehrung und vielfältige Anregung.